

App und Rettungspunkte sorgen für schnelle Hilfe

Zwei Rettungseinsätze führen die Helfer jeden Monat in den Wald

Von Johannes Becker

KIERSPE - „Ich habe die Wurzel nicht-gesehen“, ist der letzte Gedanke des Mountainbike-Fahrers, bevor er im hohen Bogen Richtung Wegesrand fliegt. Der Aufprall ist hart und anschließend kann er sich kaum bewegen. Doch wie bekommt er in diesem – fiktiven – Fall Hilfe? Wer nimmt seinen Notruf entgegen? und wie finden ihn die Helfer im Wald?

In Kierspe möchten UWG und SPD auf Anregung des Seniorenbeirates ein Rettungspunkte-System installieren lassen, damit die Hilfe für Verletzte und Menschen, die sich verirrt haben, leichter umzusetzen ist. Würde in unserem Fall ein Spaziergänger oder ein anderer Radfahrer den Verletzten finden, müsste dieser schon über gute Ortskenntnis verfügen, um per Telefon den Rettungswagen über die Waldwege zur Unglücksstelle zu lotsen. In Schalksmühle beispielsweise könnte der Ersthelfer einfach den nächstgelegenen Rettungspunkt – von denen es mehr als 100 im Schalksmühler Wald gibt – suchen und die Nummer durchgeben. „Rettungspunkte sind sinnvoll, weil sie in den Einsatzleitplan eingepflegt werden“, erklärt Stephan Volkmann, der die Kreisleitstelle in Lüdenscheid leitet und damit für die Koordination von Rettungseinsätzen verantwortlich ist.

Selbst wenn es für den Rettungswagenfahrer nicht möglich sei, den Rettungspunkt mithilfe des Navigationsgerätes anzusteuern, könnte er immer noch von der Leitstelle über Funk dirigiert werden, das gebe das zur Verfügung stehende Kartenmaterial in der Zentrale ohne Weiteres her, erklärt Volkmann.

Schwierig werde es, wenn der Verunglückte selbst den Notruf wähle, aber keine genaue Positionsangabe machen könnte oder kein Smartphone besitze. „Wir haben das Glück, dass bei jedem Notruf auch Daten übertragen werden, dazu gehören neben der Rufnummer auch Standortinformationen. Beim Notruf ist die Rufnummer auch dann sichtbar, wenn der Anrufer sie unterdrückt“, so der Chef der Leitstelle. Doch diese seien sehr begrenzt, so gebe es zwar neben der Kennung der verwendeten Funkzelle auch Angaben über den sogenannten Abstrahlwinkel, doch diese würde wenig helfen, da gerade in ländlichen Gebieten mit wenigen Funkzellen das Suchgebiet unglaublich groß werden könnte.

Mit WhatsApp geht alles einfacher

Besitzt der Anrufer ein Smartphone, dann sieht die Sache ganz anders aus. Denn dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass auf diesem auch WhatsApp installiert ist – und die Wahrscheinlichkeit

ZITAT

”

Bei einem Notruf ist die Rufnummer auch dann sichtbar, wenn der Anrufer sie unterdrückt.

“

Stephan Volkmann,
Leiter der Kreisleitstelle

ist hoch, denn der Messenger-Dienst ist die am weitesten verbreitete App, zumindest

in Europa.

„Wir haben ein ‚Dienstsmartphone‘, auf dem ebenfalls diese App installiert ist. Wir senden dann an die Nummer des Verunfallten eine Nachricht, diese muss er dann nur dadurch beantworten, in dem er an seinem Telefon auf Standort drückt. Wenn er dann noch rund 20 bis 30 Sekunden mit der Rücksendung wartet, ist der Standort dank der GPS-Funktion des Handys bis auf rund zehn Meter genau ermittelt“, erklärt Volkmann. Doch auch dann seien Rettungspunkte wichtig, denn die Leitstelle könne sofort sehen, ob ein entsprechender Punkt in der Nähe sei. Daraus würden sich Informationen über Anfahrtswege gewinnen lassen oder auch darüber, ob in der Nähe ein Hubschrauber landen kann.

Schwierig werde es lediglich, wenn das Telefon zwar einen Notruf absetzen könne, aber nicht im eigenen Netz. Denn dann würde WhatsApp nicht funktionieren, da die App ausschließlich dann Daten übermittelt, wenn sie aufgrund einer Verbindung zum eigenen Netz auch das Internet nutzen kann.

Etwa zwei Einsätze jeden Monat

Doch die Erfahrung mit diesem Kommunikationsweg habe gezeigt, dass er ein gutes Mittel darstelle, den Menschen in Not schnell zu helfen. Rund zwei Mal im Monat habe es die Leitstelle mit einer solchen Situation zu tun, berichtet Volkmann. Was sich nach wenig anhört, stellt aber eine enorme Belastung für das Rettungssystem dar, denn die Hilfeleistung dauert gewohnheitsmäßig viel länger, da neben der Suche auch

meist ein längerer Anfahrtsweg in oft schwierigem und damit nur langsam zu befahrenden Gelände zu bewältigen sei.

Einheitliches System ist nicht in Sicht

Da sich auch in Kommunen anderer Kreise in NRW das Rettungspunkte-System bewährt habe, gibt es immer mal wieder Bestrebungen, ein kreisweites und einheitliches System zu schaffen. Doch was sich in großen Staatswaldgebieten und mit ebenso großen Waldgebieten in Privatesitz noch leicht verwirklichen lässt, stößt schnell an seine Grenzen, wo viele Eigentümer gefragt werden müssen. Daran ist ein einheitliches System beispielsweise im Kreis Siegen-Wittgenstein gescheitert.

Wobei ein Rettungspunkte-System auch den Waldarbeitern und den Waldbesitzern helfen würde. Die Waldarbeiter, die allein in NRW tätig sind, müssen zwar ein Rettungssystem mitführen, dass entweder durch einen sogenannten Totmannschalter oder einen Notrufknopf ausgelöst wird und den Standort an die Leitstelle überträgt, doch auch dann wären die Retter dankbar, wenn sie aufgrund der Rettungspunkte erkennen können, wie sie schnell und auf dem am einfachsten zu fahrenden Weg zu dem Arbeiter in Not gelangen können.

13.02.2018

Meinerzhagener Zeitung

Hausärztemangel: Laumann warnt vor Katastrophe

Besonders dramatisch ist die Situation in Westfalen-Lippe. Attraktivere Konditionen im Förderprogramm

Düsseldorf/Herdecke. Der Hausärztemangel in Nordrhein-Westfalen verschärft sich. Nach jüngsten Zahlen des Landesgesundheitsministeriums waren im Herbst schon 574 Hausarztsitze in NRW komplett unbesetzt. Die Zahl der jährlich auscheidenden Hausärzte hat sich demnach seit 2006 um fast 80 Prozent auf zuletzt 457 erhöht. Die Zahl der neu zugelassenen Hausärzte ist hingegen nicht einmal halb so hoch. „Wenn wir nicht schleunigst etwas tun, steuern wir hier auf eine Katastrophe zu“, sagte Landesgesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) in Düsseldorf.

Jeder Zweite geht bis 2028 in Rente

Besonders dramatisch ist die Situation demnach in Westfalen-Lippe. Hier sind bereits 57 Prozent aller 5007 Hausärzte über 60 Jahre alt, fast 20 Prozent sogar schon über 65.

In der Ärzteregeion Nordrhein stellt sich die Situation noch nicht ganz so dramatisch dar, ist aber ebenfalls alarmierend: Hier sind etwa 40 Prozent aller 6261 Hausärzte über 60, über zwölf Prozent über 65 Jahre.

„In den nächsten zehn Jahren wird voraussichtlich jeder zweite der heute in NRW niedergelassenen Hausärzte in Rente gehen“, bilanzierte Laumann. Damit breche „das Rückgrat der medizinischen Versorgung“ weg. Seit 2006 ist die Zahl der jährlichen Anerkennungen neuer Allgemeinmediziner in NRW um rund 39 Prozent auf nur noch 219 geschrumpft. Mehr als doppelt so viele Hausärzte waren aber 2016 ausgeschieden.

„Wir müssen vor allem mehr Allgemeinmediziner ausbilden“, bekräftigte Laumann. Bis zum Herbst werde die Landesregierung einen Fahr-

plan für den angekündigten Aufbau einer Medizinischen Fakultät in Ostwestfalen-Lippe vorlegen. Außerdem soll an jeder medizinischen Fakultät in NRW mindestens eine gut dotierte W3-Professur für Allgemeinmedizin eingerichtet werden.

Verdoppelung in Herdecke/Witten

„An der Universität Witten/Herdecke wollen wir die Zahl der Medizinstudienplätze bis zum Jahr 2024 verdoppeln – von heute 84 auf dann 168 pro Jahr“, kündigte Laumann an. Zudem soll NRW als erstes Bundesland mit einer „Landarzt-Quote“ im Medizin-Studium junge Hausärzte in die Provinz locken.

Schließlich werde auch das Hausärztförderprogramm der Landesregierung so umgesteuert, dass es attraktivere Konditionen für Niederlassungen in besonders kleinen, unterversorgten Regionen biete. Die Änderungen sollen im zweiten Quartal dieses Jahres wirksam werden. rd

SIHK-Ausbildungsprojekte unterstützen den Arbeitsmarkt

Wichtige Programme laufen zum Jahresende aus

SÜDWESTFALEN - Wenn Ausbildungsbotschafter der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen (SIHK) in die Schulen kommen, dann bieten sie Berufsorientierung auf Augenhöhe. „Auszubildende heimischer Unternehmen berichten aus erster Hand über ihre Erfahrungen in ihrem Ausbildungsberuf, wie sie dazu gekommen sind und was für Karrierechancen es gibt“, erklärt Projektleiterin Ursula Beugel-Traut.

278 Ausbildungsbotschafter aus 60 Betrieben, die ihre Auszubildenden für die Schuleinsätze freistellen, wurden bislang geschult und haben an 49 Schulen über ihren Beruf informiert. Bei 67 Schuleinsätzen konnten ca. 6700 Schüler erreicht werden.

Die Ausbildungsbotschafter gehören zu zwei durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie den Europäischen Sozialfonds geförderten Maßnahmen, die sich als besonders hilfreich herausgestellt haben: das Programm „Starthelfende“ und das Projekt „Aus-

bildungsbotschafter“. Zum Ende des Projektzeitraums 2016/2017 kann landesweit eine erfolgreiche Zwischenbilanz gezogen werden.

Die „Starthelfenden“ kümmern sich intensiv um junge Leute, die Schwierigkeiten haben, selbstständig einen Ausbildungsplatz zu finden. „Sie beraten die Jugendlichen, akquirieren Ausbildungsplätze und führen Stellen und Ausbildungssuchende zusammen“, erklärt SIHK-Bildungsgeschäftsführer Thomas Haensel. Im vergangenen Jahr wurden 341 Betriebe besucht und 43 Ausbildungsverträge im SIHK-Bezirk vermittelt. Landesweit kamen 3281 Ausbildungsverträge in den vergangenen zwei Jahren zustande. Hinzu kommen 1324 Praktika und 384 Einstiegsqualifizierungen, die mittelfristig zu einer Ausbildung hinführen sollen. „Wir wissen, dass viele Jugendliche Hilfe auf ihrem Weg in die Ausbildung brauchen. Genau das leisten die Starthelfenden“, so Ralf Mittelstädt, Hauptgeschäftsführer von

Lüdenscheider Nachrichten

IHK NRW.

Eine breitere Zielgruppe bedienen die „Ausbildungsbotschafter“. Auszubildende schwärmen in die Schulklassen NRW aus und werben für ihre Berufsbilder. Sie erreichen die Schülerinnen und Schüler auch dank ihrer Nähe zur Zielgruppe „auf Augenhöhe“. „Die Ausbildungsbotschafter sind insbesondere in der gymnasialen Oberstufe wichtig. Sie zeigen den angehenden Abiturienten, dass die berufliche Ausbildung eine sinnvolle Alternative zum Studium sein kann und durchbrechen somit den Automatismus vom Abitur zur Universität“, erklärt Mittelstädt.

Auf der anderen Seite gibt es Jugendliche, für die auch eine Ausbildung eine zu große Hürde darstellt. Für sie kann der direkte Jobeinstieg der richtige Weg sein. „Jugend in Arbeit plus“, ein weiteres durch das Land und den ESF gefördertes Programm, leistet Abhilfe. Es beinhaltet intensive Beratung, eine passgenaue Vermittlung in sozialversicherungsspflichtige Ar-

beit und Begleitung im Job. Während im SIHK-Bezirk 83 arbeitslose junge Erwachsene im vergangenen Jahr dank „Jugend in Arbeit plus“ den Weg in Beschäftigung gefunden haben, waren es landesweit 2220 in den vergangenen zwei Jahren.

„Die Fördergelder für diese Projekte machen sich für die Landeskasse schnell bezahlt“, freut sich SIHK-Bildungsgeschäftsführer Thomas Haensel und betont: „Jugendliche kommen in Lohn und Brot und sind nicht auf Unterstützungsleistungen angewiesen. Die Beratung an den Gymnasien durch die Ausbildungsbotschafter senkt die Zahl der Studienabbrecher und führt Schulabgänger direkt in die duale Ausbildung.“

Bedenklich aus Sicht der SIHK zu Hagen: Arbeitsminister Karl-Josef Laumann hat angekündigt, alle drei vom Europäischen Sozialfonds und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales geförderten Projekte nach Ablauf des aktuellen Förderzeitraums (Dezember 2018) auslaufen zu lassen.

13.02.2018

WESTFALENPOST
Mendener Nachrichten · Balver Nachrichten

13.02.2018

Feuerwehr: Zieht Bommert um nach Anschlag?

Aktualisierter Brandschutzbedarfsplan / Gerätehaus „baulich nicht ausreichend“

Von Florian Hesse

HALVER ■ In der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans für die Stadt Halver werden gravierende Defizite beim Feuerwehrgerätehaus Bommert benannt. Vorgeschlagen wird ein kompletter Neubau, der in Anschlag entstehen sollte.

Der neue Brandschutzbedarfsplan wird ab kommenden Woche Thema für die Kommunalpolitik, erstmals im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen, der am Dienstag kommender Woche zur öffentlichen Sitzung um 17 Uhr im Ratssaal zusammentritt. Fast 90 Seiten umfasst der Plan mit einer Analyse von Ist-Bestand und Zielen, auch mit Blick auf Fahrzeugpark und Personalausstattung. Als prekär wird einzig die Situation in Bommert bewertet.

Lagerflächen fehlen unter anderem

„Baulich nicht ausreichend“ könnte die Kurzfassung lauten. Im Detail: Es gibt zwei Stellplätze, die für Großfahrzeuge aber nicht ausreichend groß sind. Die Abstände rei-

chen nicht aus, Material und Einsatzkleidung müssen zurzeit hinter den Fahrzeugen gelagert werden. Die Unterbringung von Mannschaftstransportfahrzeug und Anhänger auf einem Stellplatz sei ebenfalls unzureichend, stellt das Gutachten fest. Eine Abgasabsauganlage sei nicht vorhanden, Lagerflächen fehlten. Es gebe zwar Toiletten für Damen und Herren, jedoch keine Duschen. Ebenso fehlten ein Büroraum und Alarmparkplätze.

Auch in weiterer Hinsicht gibt es aus Sicht des Gutachters Kritikpunkte: Das Gerätehaus Bommert liege in einem relativ einwohnerschwachen und sehr dünn besiedelten Bereich, was auch Auswirkungen auf die Wohnortverteilung der ehrenamtlichen Kräfte habe. Eine verbesserte Gebietsabdeckung könnte und sollte durch einen Neubau des Feuerwehrhauses Bommert im Ortsteil Anschlag erzielt werden. Anschlag zähle selbst zurzeit 364 Einwohner und weise mit Industriebetrieben und landwirtschaftlichen Anla-

gen einige besondere Gefahrenpotenziale auf. Eine Verlagerung des Standortes bringe zudem eine Verkürzung der Eintreffzeiten bei Einsätzen im Süden des Stadtgebiets.

Fahrzeugtypen berücksichtigen

Zu berücksichtigen wären bei diesem Neubau mindestens die bisherigen Fahrzeugtypen, empfehlenswert wären drei Stellplätze für Großfahrzeuge sowie entsprechende Lagermöglichkeiten.

Handlungsbedarf besteht allerdings auch an anderen Standorten. Einzig das Gerätehaus Stadtmitte erfüllt die Anforderungen uneingeschränkt. Priorität 2 genießt das Gebäude des Löschzugs Oberbrügge-Ehringhausen, weil es grundsätzlich größer sein müsste. Zudem fehlt dort eine Absauganlage. Das Hauptproblem Fahrzeughalle werde sich vermutlich nicht durch eine Erweiterung, sondern nur durch einen Neubau lösen lassen.

Eine Überplanung und Erweiterung – ebenfalls aus

Platzgründen – wird auch für das Gerätehaus Buschhausen (Priorität 3) angeregt. Dabei sei die künftige Fahrzeugausrüstung zugrunde zu legen und ebenfalls eine Absauganlage erforderlich.

Bis dahin soll in beiden Fällen eine pragmatische Lösung in Form einer Dienstabweisung gelten. Die Feuerwehrleute sollten erst aufsitzen, wenn das Einsatzfahrzeug schon aus der Halle gefahren wurde.

Eintreffzeit

Der Brandschutzbedarfsplan regelt als Ziel auch die sogenannte Eintreffzeit beim „kritischen Wohnungsbrand“. Sie beträgt für das erste Fahrzeug mit neun Mann Besatzung zehn Minuten nach der Alarmierung der Kräfte durch Melder oder Sirene. Die zweite Eintreffzeit für die Verstärkung um sieben Mann beträgt 15 Minuten. Dies bedeutet keine Garantie, erst recht nicht in abgelegenen Ortslagen. Zu planen ist aber ein Zielerreichungsgrad von 90 Prozent. Durchschnitt im Jahr 2016: Erstes Fahrzeug 5.30 Minuten, zweites Fahrzeug 14 Minuten.

Allgemeiner Anzeiger

13.02.2018

Märker heiraten früher

Männer und Frauen unter dem Landesschnitt

MÄRKISCHER KREIS ■ Im Jahr 2016 wurden in den Standesämtern im Märkischen Kreis 1953 Ehen geschlossen. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als amtliche Statistikstelle des Landes mitteilt, waren das knapp 2,4 Prozent mehr als 2015 (damals: 1908).

Im Vergleich zum Jahr 2000 (damals: 2401) ging die Anzahl der Eheschließungen allerdings um gut 19 Prozent zurück.

Gut 78 Prozent der im Jahr 2016 im Märkischen Kreis standesamtlich getrauten Frauen und Männer waren vor der Eheschließung ledig; knapp 20 Prozent waren geschieden oder ihre Partnerschaft war aufgehoben, bei den übrigen war ihr

Lebenspartner verstorben.

Das Alter der Eheschließenden, die im vergangenen Jahr zum ersten Mal heirateten, lag bei Frauen im Durchschnitt bei 29,4 Jahren und bei Männern bei 32,0 Jahren. Damit heiraten die Märker etwas früher als im Landesdurchschnitt. NRW-weit waren Frauen bei der ersten Heirat 30,3 und Männer 32,8 Jahre alt.

Gegenüber dem Jahr 2000 hat sich das Heiratsalter bei der ersten Eheschließung aber auch im Märkischen Kreis bei Frauen um 2,0 und bei Männern um 1,8 Jahre erhöht. Landesweit erhöhte sich das Heiratsalter sogar noch ein wenig mehr: bei Frauen um 2,4 und bei Männern um 2,2 Jahre.

Der Pressespiegel erscheint werktäglich. Wiedergegebene Auszüge sind die Meinung des jeweiligen Autors oder Publikationsorgans. Eine Wertung durch den Märkischen Kreis ist damit nicht verbunden.

Für den Pressespiegel werden regelmäßig ausgewertet:

Zeitungen:

Allgemeiner Anzeiger
Altenacr Kreisblatt
Iserlohner Kreisanzeiger
Lüdenscheider Nachrichten
Meinerzhagener Zeitung
Süderländer Tagesblatt
Süderländer Volksfreund
Westfalenpost Hagen
Westfalenpost Menden

13.02.2018

Lüdenscheider Nachrichten

Kreisumlage: Es hätte noch schlimmer kommen können

Städte müssen zahlen: Umlage des Märkischen Kreises ist die dritthöchste in NRW

Von Markus Wilczek

WERDOHL - Trotz einer Senkung um mehr als vier Prozentpunkte ist die Kreisumlage des Märkischen Kreises 2018 mit 43,58 Prozent die dritthöchste in Nordrhein-Westfalen. Das geht aus einer Rangliste aller NRW-Kreise hervor, die der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen in der vergangenen Woche veröffentlicht hat. 11,85 Millionen Euro muss Werdohl für 2018 an den Kreis überweisen. Eine Summe, die „weh tut“, wie Stadtkämmerer Karl-Wilhelm Schlüter offen zugibt.

Bei konsumptiven Ausgaben in Höhe von rund 52 Millionen Euro sei die Kreisumlage der größte Posten auf der Aufwandseite im städtischen Haushalt, erklärt Schlüter. „Aber wir müssen das Geld aufbringen und die Kreisumlage zahlen – ob es uns gefällt oder nicht“, sagt Schlüter weiterhin.

Der Bund der Steuerzahler NRW kritisiert in einer Mitteilung die Höhe der Kreisumlagen und fordert zu einer sparsameren und wirtschaftlicheren Haushaltsführung auf. „Von zahlreichen Städten und Gemeinden in NRW ist zu hören, dass sie ihre Haushalte durch Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen zu sanieren versuchen. Die Ausgabenpolitik eines Kreises schlägt unmittelbar auf die kreisangehörigen Kommunen durch. Damit wird deutlich, dass auch die Kreise ihre Haushalte stärker konsolidieren müssen“, heißt es in der Mitteilung wörtlich.

Zur Frage, ob er im Kreishaushalt für 2018 noch Einsparpotenziale sieht, wollte sich Kämmerer Schlüter im Gespräch mit unserer Zeitung nicht äußern, sagte dafür aber: „Der Kreis hat auch

Leistungen und Ausgaben, die natürlich bezahlt werden müssen.“ Zudem gebe es zwischen den Kreisen in Nordrhein-Westfalen strukturelle Unterschiede.

Schlüter bewertet Senkung als positiv

Als positiv bewertet Schlüter, dass es dank der guten konjunkturellen Lage und der deutlich moderater ausfallenden Erhöhung der Umlage des Landschaftsverbandes gelungen sei, die Umlage von 47,71 Prozent für 2017 auf jetzt unter 44 Prozent zu drücken. „Wäre es bei den fast 48 Prozent geblieben, hätten wir dieses Jahr noch eine Million Euro mehr an den Kreis zahlen müssen“, rechnet Schlüter vor.

In totalen Zahlen senkt der Kreis 2018 die Umlage für die 15 angehörigen Kommunen um 4,1 Millionen Euro. Kreiskämmerer Fritz Heer plant das Haushaltsjahr mit Gesamterträgen von rund 532 Millionen Euro und Gesamtaufwendungen von etwa 535 Millionen Euro. Das Defizit von rund 3 Millionen Euro soll aus der Ausgleichsrücklage gedeckt werden.

„Die Haushaltseinbringung

ZITAT

”

Wir müssen das Geld aufbringen und die Kreisumlage bezahlen – ob es uns gefällt oder nicht.

“

Karl-Wilhelm Schlüter,
Kämmerer der Stadt Werdohl

für das Jahr 2018 steht unter besonderen Vorzeichen“, hatte Landrat Thomas Gemke in seiner Haushaltsrede am 19. Oktober mit Blick auf die Senkung der Kreisumlage gesagt. Weil sich viele Kreiskommunen – wie auch Werdohl – jedoch weiterhin im Stärkungspakt Stadtfinanzen befänden, sei jetzt aber nicht die Zeit, „möglichst viele neue Wohltaten zu beschließen“. „Wir müssen auch weiterhin sparsam wirtschaften und uns keine dauerhaften neuen Ausgaben auferlegen“, sagte Gemke. Entsprechend sei der Haushaltsentwurf gestaltet.

Kreiskämmerer Heer machte in seiner Haushaltsrede die Aufwendungen im Sozialbereich als Ursache für die finanzielle Misere der Kommunen aus und prangerte das „Missverhältnis im aktuellen Verteilungssystem“ an. So seien die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände verglichen mit denen der Länder und des Bundes in den vergangenen Jahren überproportional angestiegen.

Landkreistag NRW: Kritik ist überzogen

Dr. Martin Klein, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags NRW, hält die Kritik des Steuerzahlerbundes für völlig überzogen: „Die bloße Betrachtung der Prozentwerte der Umlagen, also der Hebesätze, ist platt und irreführend. Der Hebesatz der Kreisumlage sagt nichts über Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit von Kreisen aus.“ Vielmehr müssten weitere Fakten wie Umlagegrundlagen, tatsächliche Zahllast, Sozialkosten und Gemeindegrößenstruktur im jeweiligen Kreis betrachtet werden.

Wie sich die finanzielle Belastung durch die Kreisumlage für Werdohl in den nächsten Jahren entwickeln könnte, ist für Kämmerer Schlüter „reine Kaffeesatzleserei“. Die Höhe der Umlage hänge von zu vielen Faktoren ab. „In allererster Linie natürlich von der konjunkturellen Lage, wobei niemand sagen kann, wie lange das derzeitige Hoch noch anhält“, so Schlüter.

Ein Steuerungsinstrument

Die Höhe der Kreisumlage variiert in Nordrhein-Westfalen zwischen 26,5 Prozent im münsterländischen Kreis Borken und 46,6 Prozent im Ennepe-Ruhr-Kreis. Die Bedeutung der Umlage für den Kreishaushalt ist vergleichbar mit den Realsteuerhebesätzen der Städte und Gemeinden, vor allem der Grundsteuer B. Denn die Kreisumlage ist praktisch die einzige durch den Kreis selbst steuerbare Ertragsposition.

Als Teil der kommunalen Familie nehmen die Kreise am kommunalen Finanzausgleich teil. Weil ihnen ein Steuerfindungsrecht anders als den Gemeinden nicht zusteht, die Zuweisungen des Landes und sonstige Erträge den Finanzbedarf jedoch nicht decken, ist nach der Kreisordnung NRW eine Umlage von den angehörigen Gemeinden zu erheben, um den Fehlbetrag auszugleichen.

13.02.2018

Süderländer Volksfreund

Neue Projekte sind auf dem Weg

Leader-Arbeitsgruppe ist aktiv

VOLMETAL ■ Die Lokale Aktionsgruppe (LAG) der Leader-Region Oben an der Volme hat sich jetzt abermals getroffen, um zum vierten Mal auf Grundlage eingereicherter Projektskizzen zu beschließen, für welche Projekte ein Förderantrag bei der Bezirksregierung Arnsberg gestellt werden soll.

Diese Beschlussfassungen erfolgen auf der Grundlage objektiver Bewertungskriterien, die auf einer Vereinssitzung des Vereins Regionalentwicklung Oben an der Volme Ende Januar angepasst wurden und auf der Homepage „www.leader-obenandervolme.de“ einzusehen sind. Diese Kriterien sollen gewährleisten, dass die Projekte der Umsetzung der Entwicklungsstrategie der Region dienen und nachhaltig angelegt sind.

Auf der Vereinssitzung wurde außerdem die Erweiterung der LAG um ein öffentliches und drei private neue Mitglieder beschlossen. Das hatte zur Folge, dass die Arbeitsgruppe nun zum ersten Mal in größerer Runde zusammenkam; von den jetzt 17 Mitgliedern waren 15 anwesend. Ziel der Erweiterung war es, dass sich das Entscheidungsgremium im Leader-Prozess noch stärker als zuvor durch den hohen Anteil an privaten Akteuren und Vertretern aus unterschiedlichen Bereichen (Umwelt, Wirtschaft, Jugend, Sport,

Kirche und anderen) auszeichnet.

Nach dem dritten Projektauftrag im Herbst des vergangenen Jahres hatten es vier Projektskizzen in die Sitzung geschafft, von denen eine von der LAG abgelehnt wurde und zur weiteren Qualifizierung an die Projektträger zurückgegeben worden war. Die anderen drei Projekte wurden einstimmig positiv beschlossen und beziehen sich sowohl auf die lokale, regionale als auch auf die überregionale Ebene:

Freiklettern am Hülloch

Im Rahmen dieses Projektes soll ein Naturfelsen in Kierspe in eine Kletterwand verwandelt werden. Neben der Routeneinrichtung und der Schaffung entsprechender Infrastruktur, steht auch die Vermittlung von Wissen im Fokus des Projekts, in dem auf Lehrtafeln und mit Hilfe von QR-Codes Informationen über die Kletterrouten, geologischen Hintergründe als auch generell zum Naturdenkmal Hülloch gegeben werden.

„Freizeitportal Oben an der Volme“

Mit Hilfe der Aufstellung und Aufwertung des bisherigen Webauftritts der Region für den Bereich Freizeit- und Naherholung sollen die gesamten Freizeitmöglichkei-

ten im Gebiet Oben an der Volme im Internet einfach und übersichtlich auffindbar gemacht werden, sodass sich sowohl Bewohner als auch Besucher der Region leicht orientieren können und die Attraktivität der Region herausgestellt wird.

Blühende Vielfalt erhalten“

Dabei handelt es sich um ein Kooperationsprojekt von sechs Leader-Regionen in Südwestfalen, das zum Ziel hat, durch innovative Konzepte eine Aufwertung, Neubegründung und Pflege lokaler Streuobstbestände zu fördern und historische Streuobstbestände zu erhalten.

Zwischen dieser und der letzten Sitzung waren zudem noch zwei weitere Projekte im Umlaufverfahren von der LAG positiv beschlossen worden, welche mittlerweile auch von der Bezirksregierung bewilligt worden sind:

Das ist zum einen das Projekt „Inklusive Region Oberes Volmetal – Inklusionsmonitoring für Leader“. Das Projekt zielt darauf ab, für das Thema Inklusion zu sensibilisieren und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Menschen mit Behinderungen im Alltag und im Vereinsleben integriert werden können.

Zum anderen geht es um das Projekt „Evaluierung Sauerland-Seen“. Dabei handelt es sich um ein länderübergreifendes Leader-Projekt, an dem sieben Leader-Regionen beteiligt sind, um das touristische Angebot rund um die Sauerland-Seen (Bigge-/Listensee, Diemelsee, Henesee, Möhnesee, Sorpesee) zu überprüfen, Kooperationen zu stärken, Ansätze zur Steige-

rung der Angebotsqualität und weitere Verbesserungspotenziale zu erschließen.

Von 15 Projekten sind neun bewilligt

Zudem hat die LAG eine Bilanz zu den bisher beschlossenen Projekten gezogen: Von den bislang 15 beschlossenen Projekten wurden neun bereits bewilligt und befinden sich in der Umsetzung. Zwei dieser Projekte sind bereits abgeschlossen. Die restlichen Projekte befinden sich derzeit überwiegend in der Antragsvorbereitung.

Durch die jetzt aktuellen 18 LAG-Beschlüsse wird insgesamt das Abfließen von Fördergeldern in Höhe von rund 855 000 Euro für Projekte ermöglicht (Hintergrund: 2,3 Millionen Euro stehen insgesamt zur Verfügung). Nach Abzug der Kosten für das Regionalmanagement stehen so der Region noch rund 965 000 für weitere Projektideen zur freien Verfügung.

Der nächste Projektauftrag startete am gestrigen Montag und endet am 30. März dieses Jahres.

Vor dem Eireichen kontakt aufnehmen

Um generell die Förderfähigkeit von Projektideen zu prüfen, ist es sinnvoll, vor der Einreichung Kontakt mit dem Regionalmanagement aufzunehmen (per Mail unter leader@obenandervolme.de oder unter der Rufnummer 0 23 59/66 14 44).

Weitergehende Informationen rund um das Förderprogramm finden sich auch auf der Homepage www.leader-obenandervolme.de

13.02.2018

Meinerzhagener Zeitung